

VU reicht erste Vorstösse zum «Bürgerpaket» ein

Politik Nach dem Überschuss in der Landesrechnung von 170 Millionen hat die VU ein Bürgerpaket angekündigt. Gestern stellte die Fraktion erste Massnahmen vor.

Patrik Schädler

pschaedler@medienhaus.li

Einen Tag nach der Präsentation der Landesrechnung 2017 mit einem betrieblichen Plus von 11 Millionen und einem Ertragsüberschuss von 170 Millionen Franken kündigte die VU ein «Bürgerpaket» an. Dies sorgte für heftiges Rumoren in der Koalition. Insbesondere Regierungschef Adrian Hasler reagierte dramatisch. Er warf der VU unverantwortliches Handeln vor und sprach ihr auch jegliche Finanzkompetenz ab.

Gestern reichte nun die VU-Fraktion die ersten parlamentarischen Vorstösse zu ihrem «Bürgerpaket» ein und präsentierte

sie den Medien. Dabei handelt es sich um eine Interpellation zur Altersarmut, eine Interpellation zur Prämienverbilligung und ein Postulat unter dem Titel «Zeitvorsorge für Liechtenstein». Diese parlamentarischen Eingaben werden im September-Landtag behandelt. Weitere drei Vorstösse wurden in Aussicht gestellt.

«Bürgerpaket» ist kein geschlossener Komplex

Die VU will nach eigenen Aussagen mit dem «Bürgerpaket» zukunftsfähige und enkeltaugliche Lösungen für das Land aufgleisen. Dabei wurde gestern deutlich, dass es sich beim «Bürgerpaket» nicht um einen geschlossenen Komplex von Vorstössen

handelt, sondern dass sich daraus ein Programm entwickeln soll. Ein Programm, bei welchem auch Ideen der politischen Mitstreiter unterstützt werden, «sofern sie den Menschen in Liechtenstein zugutekommen».

Gesunder Staatshaushalt weiterhin «Verpflichtung»

Die VU ist der Überzeugung, dass die Menschen nicht nur in Sparzeiten zur Kasse gebeten werden dürfen, sondern dass sie im Gegenzug in guten Zeiten auch von diesen spürbar profitieren müssen. Diese guten Zeiten sind für die VU aktuell wieder angebrochen. Der Staat hat mit 1,8 Milliarden Franken ein Nettofinanzvermögen von zwei laufenden

Jahresausgaben auf der hohen Kante. Und VU-Parteipräsident Günther Fritz erinnerte daran, dass der Staat nur so viel einnehmen sollte, wie er für die Bewältigung seiner Aufgaben braucht. Beim «Bürgerpaket» gehe es nicht darum, die Schrauben der notwendigen Sparpakete wieder zurückzudrehen. «Wir fühlen uns weiterhin verpflichtet, sehr sorgsam mit unserem Staatshaushalt umzugehen. Nach unserer Meinung ist es aber möglich, sich gleichzeitig für die Bürger und einen gesunden Staatshaushalt einzusetzen», so VU-Parteipräsident Fritz. Die VU stehe für eine bedarfsgerechte Sozialpolitik als Grundlage für die Sicherung des sozialen Friedens. **3**

«Bürgerpaket ist kein Paket, das fertig ist»

Präsentation Die Vaterländische Union stellte gestern die ersten drei Vorstösse im Rahmen ihres «Bürgerpakets» vor und kündigte drei weitere an. Dabei soll es aber nicht bleiben, wie gestern Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz erklärte.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

«Das Bürgerpaket ist kein abgeschlossenes Massnahmenpaket im zugeschnürten Sinn. Das Bürgerpaket vereint alle Massnahmen, die den Bürgern zugute kommen sollen», sagte gestern Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz vor den Medien. Dabei erklärte sie auch, dass die VU nebst den eigenen Ideen auch Vorschlägen anderer Fraktionen und Abgeordneten offen gegenüberstehe. «Die Hauptsache dabei muss aber die Einzeltauglichkeit sein», so Marxer-Kranz. «Unrealistische Forderungen sind ein Risiko für nachfolgende Generationen. Wir denken, dass wir diese nicht zusätzlich belasten sollten. Es muss alles verhältnismässig und grössenverträglich bleiben.»

Nebst den drei gestern eingereichten parlamentarischen Vorstössen (siehe unten), hat die VU aber bereits die nächsten Vor-

schläge im Köcher. So fordert die Regierungspartei «mehr staatliches Engagement bei der AHV». Die VU-Fraktion stört sich vor allem daran, dass sich der Staat mit einem fixen jährlichen Staatsbeitrag von 30 Millionen aus der Solidargemeinschaft «herauskauft», was die Beitragszahler und Rentner nicht können. «Die VU ist der Meinung, dass die starre und fixe Festlegung eines Staatsbeitrages alleine nicht die Lösung ist, um die AHV zu stützen», so Gunilla Marxer-Kranz. Deshalb bereite hier die VU einen Vorstoss vor, der das Ziel verfolgt, dass der Staatsbeitrag mit einem bestimmten Prozentsatz an das Umlagedefizit der AHV gekoppelt wird. «Das heisst: Umso höher die Differenz zwischen den Ausgaben der AHV und deren Einnahmen ausfällt, umso stärker hat sich der Staat finanziell einzubringen.»

Eine weitere Richtung, welche die VU verfolgt, ist die zweckgebundene Verwendung staatli-

cher Mittel für die Herausforderungen der Demografie. «So könnte man zum Beispiel einen Fonds äufnen, der für eine Startfinanzierung fürs vererbare Pflegekapital angelegt wird. Es ist nämlich klar, dass uns die Pflege im Alter viel kosten wird», so Gunilla Marxer-Kranz. Deshalb soll auch hier in nächster Zeit ein Vorstoss lanciert werden.

Nebst diesen zwei angekündigten Vorstössen prüft die VU auch Massnahmen, welche Familien in Liechtenstein steuerlich begünstigen sollen. «Eine Familie zu gründen soll unserer Ansicht nach keine Bürde sein, sondern eines von vielen möglichen Zielen im Leben. Deshalb soll auch belohnt werden, wer eine Familie gründet», sagt Gunilla Marxer-Kranz. Man konzentriere sich aber nicht nur auf eigene Vorstösse. «Wir werden uns auch an laufenden Projekten und Ideen der politischen Mitbewerber konstruktiv beteiligen und unsere Ideen einbringen.»



Fraktionssprecher Günter Vogt, Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz und VU-Parteipräsident Günther Fritz präsentierten gestern die ersten Vorstösse im Rahmen des «Bürgerpakets». Bild: T. S.

Gibt es Altersarmut in Liechtenstein?

Mit einer Interpellation möchte die VU-Fraktion der Frage nachgehen, in welchem Ausmass es Altersarmut in Liechtenstein gibt. «Uns sind zahlreiche Fälle von relativer Armut von liechtensteinischen Seniorinnen und Senioren bekannt. Besonders davon betroffen sind Frauen im Pensionsalter, die jeden Franken nicht nur zweimal, sondern dreimal umdrehen müssen, sich nicht einmal bescheidene Ferien leisten können und sich das Geld für Weihnachtsgeschenke an Enkelkinder oft «vom Mund absparen» müssen»,

so Parteipräsident Günther Fritz. Deshalb will die VU unter dem Aspekt «Für ein gutes Leben im Alter» vom Gesellschaftsminister Antworten auf 16 Fragen zur finanziellen Situation der Menschen in Liechtenstein im Rentenalter. In diesem Zusammenhang fragt sie auch, ob es einen neuen Armutsbericht geben wird. Der zweite und jüngste Bericht ist bereits zehn Jahre alt.

Wenn die Fakten zur aktuellen Altersarmut in Liechtenstein vorliegen, will die VU faktenbasierte Lösungsansätze entwickeln.

Prämienverbilligung: System soll überprüft werden

Ebenfalls mit einer Interpellation will die VU-Fraktion mehr Informationen zum Verbilligungssystem bei den Krankenkassenprämien. Insbesondere darüber, welche Kosten aus einer Ausweitung der Prämienverbilligung für einkommensschwache Versicherte entstehen würden. Konkret geht es dabei um eine Erhöhung der Einkommensgrenzen. VU-Fraktionssprecher Günter Vogt ist überzeugt davon, dass «an den Stellschrauben unseres speziellen Prämienverbilligungssystems» gedreht werden muss. «Gerade

im unteren Einkommenssegment haben viele Menschen in unserem Land Mühe, die Krankenkassenprämien zu bezahlen», so Vogt. Die VU-Fraktion hat bereits konkrete Varianten in die Interpellation integriert. «Wenn die Beantwortung vorliegt, können wir aufgrund von Fakten und Zahlen beurteilen, welche Variante sowohl finanzpolitisch verantwortbar als auch sozialpolitisch vernünftig ist.»

Aufgrund der Antworten prüft die Fraktion einen verbindlichen parlamentarischen Vorstoss.

Mit «Zeit» für das eigene Alter vorsorgen

Der dritte Vorstoss, der gemäss VU-Fraktion als Teil des Themenbereichs «Demografie-Prozent» zu sehen sei, hat ein neues geldfreies Vorsorgesystem zum Inhalt. Mittels eines Postulats wird die Regierung eingeladen zu prüfen, ob sich eine «Zeitvorsorge» in Liechtenstein lohnen würde. Das System würde ehrenamtliches Engagement, etwa die Betreuung und Pflege von Kindern oder älteren Menschen, mit Zeitgutschriften honorieren, welche die Menschen dann einlösen können, wenn sie selbst auf freiwilliges En-

gagement angewiesen sind. Damit könnten gemäss VU «Rücklagen für demografische Herausforderungen gebildet werden – in diesem Fall in der Währung Zeit». Mit diesem Vorstoss will die VU-Fraktion einen weiteren Anreiz etablieren, um Freiwilligenarbeit zuleisten. «Manspart heute Zeitgutschriften für die Zukunft an. «Zeit ist Geld», heisst es im Volksmund. Und Geld ist bekanntlich nicht alles», so Günter Vogt. «Zeitvorsorge»-Modelle wurde in St. Gallen und Vorarlberg bereits erfolgreich eingeführt.